

Liebe Bürgerinnen und Bürger, Kolleginnen und Kollegen und auch den beiden Bürgermeistern, Ihnen allen wünsche ich noch ein gutes Jahr 2023. Möge es in vielerlei Hinsicht ein besseres Jahr als 2022 werden.

Jeder Haushalt interdependiert mit dem Haushalt des Vorjahres und hat Signalwirkung für die folgenden Haushalte. Daher muss zunächst auch ein Rückblick auf das alte Jahr gestattet sein. Und hier standen unter anderen die Coronamaßnahmen im Mittelpunkt.

Inzwischen haben Sie Herr Oberbürgermeister in Ihrer Jahresschlussrede 2022 selbst eingeräumt, dass es Verfehlungen bei den Coronamaßnahmen gegeben habe, die es aufzuarbeiten gilt. Und die sind nicht nur bei der Staatsregierung zu suchen, sondern auch bei Ihnen. Und das betrifft nicht nur die Bußgelder, die mit den widersinnigen Coronaauflagen erhoben wurden.

Schließlich fallen mit den z.T. überzogenen Maßnahmen, die Sie und der Stadtrat, abgesehen von der AfD, zu vertreten haben, z.B. für die Anschaffung von unsinnigen mobilen Luftfiltern in den Schulen, Kosten von jährlich über 600.000 EUR an, und das weiterhin, obwohl es keine Pandemie mehr gibt. Außerdem verbrauchen sie Strom, der inzwischen immens teuer wird.

Dass die Luftfilter unsinnig sind, habe ich schon in meiner letztjährigen Haushaltsrede mit Verweis auf Prof. Dr. Bogdan vorgetragen, der an unserer Universität zur Immunologie lehrt sowie der ständigen Impfkommision Stiko und der Akademie der Wissenschaften, Leopoldina angehört. Prof. Bogdan hat die Luftfilter von Anfang an als unwirksam zur Bekämpfung der Übertragung von Coronaviren abgelehnt. Er wurde aber nie im Stadtrat gehört.

Aber auch die Hysterie und Angstpolitik haben Sie Herr Oberbürgermeister selbst geschürt, im Rathaus genauso wie hier im Stadtrat.

Das ging sogar so weit, dass Sie sich Ihren Bart abrasierten und alle Bediensteten aufforderten, es Ihnen gleich zu tun. Warum dann nicht gleich eine Atemschutzmaske aufsetzen, die sitzt dann bestimmt coronadicht?

Unabhängig von den aus unserer Sicht überzogenen 2G/3G-Regelungen hatte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, aufgefordert zu erklären, was die bestimmten Voraussetzungen sind, dass Sie von einer 3G-Regelung auf eine 3Gplus-Regelung umgeschwenkt sind. Denn nach Aussagen von Innenminister Herrmann waren die Sitzungen der kommunalen Gremien generell vom Anwendungsbereich der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmen-Verordnung ausgenommen.

Im Klartext heißt das, die Teilnahme an den Stadtratssitzungen war sowohl von den Räten als auch von den Bürgern mit einem einfachen Test möglich, wenn keine „bestimmten Voraussetzungen“ vorlagen. Und diese lagen nicht vor, weil Sie sich dazu nie geäußert haben.

Sollen Ihre Worte zur Aufarbeitung der Fehler in der Coronapolitik ernst gemeint sein, so wäre es an der Zeit, dass Sie die Bürger und uns Stadträte um Verzeihung bitten. Auch dafür, dass Sie unseren Antrag vehement mit dem Hausrecht abgebugelt haben, über die Sinnhaftigkeit der Coronamaßnahmen im Stadtrat zu diskutieren.

Wie wichtig das gewesen wäre, zeigen über die überflüssigen Luftfilter hinaus zusätzliche Aufwendungen für Coronamaßnahmen von 1 Mio. EUR, die nach wie vor den Haushalt belasten.

Denn wieder werden neue Stellen in der Verwaltung geschaffen und mit 3,6 Mio. budgetiert, was hauptsächlich an einem nimmer satten Stadtrat liegt. Damit erhöhen sich die Personalausgaben auf schwindelerregende Höhen von über 166 Mio. EUR pro Jahr.

In meiner Haushaltsrede 2022 habe ich bereits bemängelt, dass anders als in der Wirtschaft bei der öffentlichen Hand keine Stellen abgebaut werden. Dabei weiß jeder, dass Stellen im öffentlichen Dienst nicht produktiv sind.

Deren Dienstleistungen werden von Steuer- und Abgabepflichtigen bezahlt, die zudem durch Rezession und Abwanderung immer weniger werden.

Dabei will ich nicht sagen, dass die Mitarbeiter der Stadt überflüssig wären. Im Gegenteil, sie sind für die Stadtentwicklung sehr wichtig und leisten hervorragende Arbeit.

Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken und ihnen meinen Respekt ausdrücken, dass sie trotz der zum Teil nervenden Änderungen an ihren wohl überlegten Budgetvorlagen sich nicht demotivieren lassen. Als Ökonom danke ich vor allem der Stadtkämmerei, die einen ausgezeichneten Job macht.

Aber was die Forderungen des Stadtrates eben in Bezug auf die Neuschaffung von Stellen angeht muss hier auch mal umgedacht werden. Zu Recht resümiert hierzu der Finanzreferent Beugel, dass die bereits durchgeführten Maßnahmen (ich zitiere) „keinen Raum für Stellenneuschaffungen eröffnen, sondern in die entgegengesetzte Richtung zeigen.“ (Zitatende)

Maximal 1,3 Mio. EUR könnte man hier noch für mögliche Stellenneuschaffungen rechtfertigen. Doch die Stadtregierung, getrieben von einer rotgrünen Allianz wird heute neue Stellen im Umfang von 3,6 Mio. EUR beschließen. Und das alles mit dem Segen der CSU in der Regierung, weil es sonst wohl noch schlimmer gekommen wäre, wenn die Grünen mit an der Macht wären, wie es zur Begründung der Koalition mit der SPD heißt. Aber es reicht schon jetzt, was die Grünen im Gespann mit der Klimaliste hier bewirken.

Wachen die Wähler, aber auch die CSU in ihrer Programmatik nicht auf, dann haben wir in 3 Jahren eine sozialistische, rotgrüne Plan- und Kommandowirtschaft. Und wir wissen wohin die sozialistische Planwirtschaft uns führt.

Mein nächstes Augenmerk gilt den Einnahmen, die sich im Wesentlichen aus Steuern und Gebühren zusammensetzen.

Für das laufende Haushaltsjahr wird das prognostizierte sehr gute Ergebnis (+11 %) bei der Einkommenssteuer nicht erreicht, wie die Kämmerei ausführt. Durch eine neue Hochrechnung Ende November 2022 muss mit einer deutlichen Reduzierung gerechnet werden.

Die Verwaltung geht in den nächsten 4 Jahren von annähernd 10 Mio. EUR weniger bei der Einkommenssteuer aus.

Als Gradmesser einer florierenden Wirtschaft in der Stadt, bleibt die Gewerbesteuer deutlich gegenüber Vorcoronazeiten zurück. Schaut man sich das Gewerbe in Erlangen genauer an, dann fällt auf, dass in 2022 76,9 % der Betriebe keine Steuer bezahlten, in Summe sind das 5.857 Firmen.

In der höchsten Kategorie über 100.000 EUR finden sich mit einem Anteil von nur etwas mehr als einem Prozent, 86 Unternehmen.

Man kann sich vorstellen, was es bedeutet, wenn nur eine Handvoll davon zwar nicht pleite ist, aber eben nicht mehr produziert, wie das unser Bundeswirtschaftsminister zur Verwunderung aller Ökonomen den Bürgern weiß machen will.

Daher mussten in den Haushalt jetzt noch zusätzlich sagenhafte fast 14 Mio. EUR eingepreist werden für von den Finanzämtern gemeldete risikobehaftete Gewerbesteuersondertatbestände. Und das sind nur 25 % der Probleme.

Wir sprechen also ab heute nicht mehr von 20 % Einbruch bei der Gewerbesteuer sondern von 27 %.

Es verwundert nicht, dass auch die Umsatzsteuer um 8 % unter Vorcoronaniveau bleibt und in 2023 weiter schwindet.

Alles Anzeichen dafür, dass endlich gespart werden muss, denn wir leben weiterhin von der Substanz, wie ich gleich aufzeigen werde. Da hilft auch eine Erhöhung der Hundesteuer nicht weiter.

Unterschlagen werden darf jedoch nicht, dass die Verwaltung einen Überschuss von 20,9 Mio. EUR plant.

Doch das Wunschkonzert des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses und die Investitionen machen das Ergebnis kaputt.

Der Ergebnishaushalt wird mit einem Fehlbetrag von über 6 Mio. schließen. Noch schlimmer entwickelt sich der Finanzhaushalt, zu dem ich jetzt komme.

Die Investitionen belaufen sich im Haushalt 2023 auf 76,5 Mio. EUR und belasten den Haushalt mit fast 51 Mio. EUR. Besonders nützlich und förderlich sind zwar die ins Auge gefassten Investitionen in Schulen und Kindergärten, auch wenn diese lange nicht den Bedarf decken.

Dass man trotz des Geschreis aus der grünen Ecke auch die notwendigen Sanierungen der Straßen, Fuß- und Radwege anpackt, ist ebenfalls zu loben. Dennoch spiegeln die Einnahmen nicht diesen Umfang wider.

So wird der Finanzhaushalt 2023 mit den heutigen Beschlüssen auf ein neues Rekorddefizit von über 42 Mio. EUR hinauslaufen. Noch kann dieser Verlust mit der vorhandenen Liquidität gedeckt werden. Doch diese schmilzt mit Jahresende auf 39 Mio. EUR ab.

### **Das bedeutet für die weitere Finanzplanung:**

Spätestens in 2025/26 wird die Stadt über keine Liquidität mehr verfügen. Der Haushalt muss dann wieder über Schulden finanziert werden, was vielleicht die erfolgsverwöhnten und gesättigten Erlanger Bürger bei der dann stattfindenden Kommunalwahl wachrütteln wird.

Und da will man dann noch riesige Summen in eine StUB stecken, die die Stadt endgültig zerstört? Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

Wir unterstützen Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderung, jedoch nicht ideologisch verblindet, sondern mit klarem Verstand. Denn wir erkennen an, dass das Klima sich ändert, weil es natürlich ist. Das bedeutet jedoch, dass Anpassungsmaßnahmen im Einklang mit dem Schutz der Natur erfolgen müssen und nicht indem man unsere mittlerweile sauberen Kohlekraftwerke zusammen mit den blitzsauberen und modernen Atomkraftwerken auf die Müllhalde befördert.

Es ist der grün-rote Offenbarungseid, die so verteufelten Kohlekraftwerke zusammen mit der Verlängerung der AKW's, wegen des Scheiterns der irrsinnigen Energiewende wieder aktivieren zu müssen. Inzwischen werden nämlich 80 % fossile Energieträger zur Stromerzeugung verbrannt. Und das nennt sich dann ökologische Wende.

Die Grünen sind schon lange keine Umweltpartei mehr und sie waren es auch nie. Und pazifistisch waren sie auch nie wirklich. Denn sobald sie an der Macht waren, haben die Säbel gerasselt, im Kosovo genauso wie jetzt in der Ukraine. Sie waren und sind eine reine Antiatom- und Antifamilienpartei und treiben das viertgrößte Industrieland in den Abgrund.

Aufgrund des schrecklichen Angriffskrieges in der Ukraine, fragen wir uns, wo ist die Friedensbewegung geblieben, die in den 70er und 80er Jahren Millionen auf die Straße gebracht hat. Bei den Grünen sind sie jedenfalls nicht mehr. Dann schon eher bei den Spaziergängern, die auf die Straße gehen gegen eine autoritäre Politik, die nur ihr Handeln als das richtige ansieht und jeden Widerspruch nun sogar unter Strafe stellen will.

Anpassung an Klimaveränderungen im Einklang mit Umwelt- und Naturschutz kann in einem modernen Industriestaat nur erfolgreich sein, wenn fossile Energien mittel- bis langfristig mit technologischen Innovationen substituiert werden, bei Kostenstabilität und gleichwertigem oder besserem Nutzen.

Viele andere Staaten errichten massenweise Kern- und Kohlekraftwerke. Wissen Sie eigentlich, dass China allein seit 1990 seine CO<sub>2</sub>-Emissionen um ein Mehrfaches unserer erhöht hat? Aber will das keiner wissen, weil es wohl doch keine Rolle spielt?

Wir müssen Vorsorge treffen und Maßnahmen ergreifen mit der Klimaveränderung zu leben.

Jetzt komme ich noch auf das Großprojekt zu sprechen, das alles Bisherige in den Schatten stellt und ein finanzielles und ökologisches Desaster werden wird wie der Berliner Flughafen, die Hamburger Elbphilharmonie oder der Stuttgarter Bahnhof. Es geht um die Stadtumlandbahn StUB.

Hier greife ich auf meine Ausführungen in der Haushaltsdebatte vor einem Jahr zurück. Denn man kann nicht oft genug diesen Wahnsinn anprangern. Es wird mit allen Raffinessen versucht, dieses Projekt durchzudrücken und man schreckt nicht vor Trickereien zurück, indem man den Bürgern Sand in die Augen streut.

Aktuell werden nämlich in völliger Verkennung der realen Situation, die Städte Kiel und Karlsruhe als Vorzeigeobjekte herangezogen. Dabei kann man die Städte nicht mit Erlangen vergleichen, denn diese Städte hatten bereits vor fast 150 Jahren eine Straßenbahn: Kiel (8. Juli 1881) und Karlsruhe (21. Januar 1877).

Sie sind nicht zu vergleichen mit unserer Hugenottenstadt. 1880 war Erlangen noch ein größeres Dorf und hatte nur 14.876 Einwohner, anders als Kiel und Karlsruhe. Diese Städte wurden schon damals räumlich anders ausgelegt.

Man stelle sich nur die gequetschte Enge rund um die Arcaden und die Verschandelung der Stadt mit Masten und Gleisen vor. Und dann noch ein Megatunnel an der Güterhallenstraße und eine Monsterbrücke über unser Naherholungsgebiet Regnitzgrund.

Die Regnitzbrücke mit allen Aufbauten für die Oberleitung erreicht eine Höhe von 12 Metern und ist damit höher als ein Einfamilienhaus. Auch handelt es sich um eine Materialschlacht sonder gleichen, wie uns schon vor einem Jahr ein Bahnbauingenieur in den Erlanger Nachrichten verdeutlicht hat. Die Betonfundamente für die Pfeiler sind 20 Meter tief (!) und das alle 39 Meter in doppelter Ausfertigung. Und die Brücke ist nicht nur 12 Meter hoch sondern auch 12 Meter breit.

Diese antiquierte „Bimmelbahn“ aus dem vorletzten Jahrhundert ist ein „alter Hut“, wie letzthin jemand treffend formuliert hat. Mit einer modernen zukunftsweisenden Technologie im Stadtverkehr haben ungelenkige, auf starren Straßenschienen fahrende Waggons nichts zu tun.

Wir fordern eine zukunftsgegenwärtige Ausrichtung des öffentlichen Verkehrs. Konkret heißt das für Erlangen: Für den raumübergreifenden öffentlichen Verkehr, also der Verkehrsströme über mehrere Städte hinweg, braucht es eine moderne Anbindung an das U-Bahnnetz von Nürnberg und Fürth.

Und für die Anbindung von Herzogenaurach an Erlangen braucht es die Reaktivierung der Aurachtalbahn, die nur ein Zehntel der StUB kostet. Nur diese Verkehrswege sollen und müssen auf Schienen laufen.

Eine U-Bahn, zunächst als Verlängerung der Linie vom Nürnberger Flughafen nach Erlangen, ist das in jeder Hinsicht bessere und vor allem zukunftsweisendere Verkehrsmittel. Die höheren anfänglichen Kosten amortisieren sich schnell bei einer Zukunftsfähigkeit von mehreren Hundert Jahren.

Ein gutes Verkehrskonzept muss auf Zukunftsfähigkeit ausgerichtet sein. Dazu gehört in naher Zukunft das autonome Fahren mit Elektrobussen, das sich vor allem im innerstädtischen Verkehr anbietet.

### **Und schließlich die Kosten:**

Aktuell wird die StUB mit 500 Mio. EUR veranschlagt. Durch die Unwägbarkeiten beim Bau von vielen großen Querungen wie der A3, dem Kanal, der Regnitz der A73 und der Eisenbahn und der steigenden Kosten qua Inflation wird das Projekt allein in der Herstellung an die Milliarde EUR heranreichen.

Wir kennen das, wie schon gesagt, aus allen größeren Projekten der jüngsten Vergangenheit. Verdeutlichen und vorrausschauend lässt sich das am Bahnhof Stuttgart 21 zeigen:

Geplant 1995 mit 2,6 Mrd., Baubeginn 2010 mit bereits erhöhten Kosten von 5 Mrd. Aktuell steht der Bahnhof mit 9,2 Mrd. EUR in der Kreide. Fertigstellung voraussichtlich in 2025. Bei welcher Summe wird dann der Schlussstrich gezogen? Wir werden wohl beim 4-fachen der Planung liegen. Projiziert man dies auf die StUB, dann laufen wir auf 2 Mrd. EUR hinaus. Da ist meine kalkulierte 1 Mrd. noch bescheiden gerechnet.

Nicht zu vergessen der die Umwelt enorm belastende Umbau der Stadt.

Will Erlangen seinem Anspruch als innovative Stadt gerecht werden, dann muss das StUB-Projekt sofort gestoppt werden.

Wir fordern daher bis spätestens Ende 2023 eine lobbyunabhängige Ermittlung der gesamten Gestehungskosten einschließlich der CO<sub>2</sub>-Baukosten mit einem Zinssatz von 5 % bis zur Fertigstellung. Mit diesen Informationen soll dann in 2024 ein Bürgerentscheid durchgeführt werden.

Weil bis 2026 das StUB-Projekt Planungskosten von 34,5 Mio. EUR verschlungen haben wird, werden wir keinem Haushalt mehr zustimmen, der Kosten für die StUB vorsieht.

Denn wir können nicht sehenden Auges ein Monsterprojekt unterstützen, das ein ökologisches und wirtschaftliches Desaster wird und die stabile finanzielle Substanz der Stadt ruinieren wird.

Lassen Sie mich zuletzt noch ein Thema anschneiden, das in jeder Hinsicht für die Zusammenarbeit und den Umgang miteinander im Stadtrat und der Stadtgesellschaft von Bedeutung ist.

Ich spreche jetzt ganz bewusst Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat an, die meine Kollegin und mich nicht als Kollegen betrachten. Ich spreche jetzt die Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich **nicht** an, die mit mir oder meiner Kollegin kollegial umgehen, die sich mit uns unterhalten oder auch Meinungen austauschen. Diesen Kollegen und Kolleginnen danke ich schon mal für Ihren gesunden Menschenverstand.

Aber die, die ich meine, muss ich schon mal fragen, was sie denn unter Kollegialität verstehen. Ein Kollege oder eine Kollegin ist im deutschen Sprachgebrauch ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin desselben Unternehmens oder derselben Institution. Auch wenn Sie Ihren Arbeitskollegen nicht mögen, bleibt er oder sie Ihr Kollege.

Aber warum werden **wir** dann im Stadtrat nicht wie alle anderen mit Kollegin oder Kollege angesprochen? Was haben wir Ihnen denn getan?

Ich weiß, wir gehören einer Partei an, die Sie nicht mögen.

Na und, Sie müssen die Partei nicht mögen, mit deren Inhalt Sie sich noch nicht wirklich beschäftigt haben, sonst würde Sie anders denken und handeln.

Warum sprechen Sie mir oder meiner Kollegin ab, demokratisch zu sein? Warum lehnen Sie zu Recht Diskriminierung in jeder Form ab, diskriminieren aber selbst regelmäßig?

Wenn hier im Stadtrat jemand immer von Demokratie spricht oder sie gar anderen abspricht, dann muss man das hinterfragen. Vor allem wenn jemand es immer notwendig erachtet, sich selbst als Demokraten zu bezeichnen:

Es macht mich stutzig, wenn Leute das Selbstverständliche immer betonen müssen. Wer dauernd von Demokratie spricht, ist vermutlich der größte Antidemokrat, ganz nach dem Motto „haltet den Dieb“. Oder wie sich die modernen Faschisten Antifaschisten nennen.

Ich bin überzeugt, ja sogar begeistert vom Wertefundament, das unsere Vorfahren in Europa geschaffen haben. Aber das befindet sich aktuell immer mehr in Auflösung z.B.:

- mit der unwissenschaftlichen Genderideologie,
- mit der Pädophilie der Grünen, die im neuen Gewand wieder aus Amerika zu uns kommt in Form von MAP (minor attracted person), also von Leuten, die sich Minderjährigen sexuell hingezogen fühlen.

Sind wir denn ganz verrückt, wenn von solchen verrückten Personen schon Kindergärten wie in Berlin gegründet werden können?

Kritik gilt jetzt als Hassrede: das neue moralische Feindstrafrecht. Die Unbestimmtheit (Delegitimierung) hat Methode wie die „staatsfeindliche Hetze“ in der DDR, dem Gummiparagrafen gegen Dissidenten. Auch die DDR nannte sich immer demokratisch, weil sie es nie war. Und so ist es auch mit dem Demokratieförderungsgesetz, das eher ein Demokratieabschaffungsgesetz ist. In einer Demokratie wo jedes Gesetz demokratisch beschlossen wird, braucht es kein Demokratieförderungsgesetz.

Es geht darum das Wort Demokratie zu beherrschen und zu bestimmen, was Demokratie ist und was nicht. Der Bund – gleich Regierung, gleich Innenministerin, gleich Verfassungsschutz - soll gesetzlich ermächtigt werden, eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung zu ergreifen. Damit wollen sie „Prävention gegen jegliche Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Vielfaltgestaltung“ schaffen. Das ist grün-roter Totalitarismus.

Außer, dass ich in einer Partei bin, die Ihnen nicht passt, was haben Sie denn noch, um mich nicht als Kollegen zu sehen?

Vielleicht weil ich ein Mann und kein LGBTIQ bin, oder es nicht sein kann, dass ein AfD'ler schon seit Jahren eine Solaranlage auf seinem Haus hat und noch eine mobile im Koffer und nachhaltig lebt? Oder weil ich Christ bin und das Kreuz nicht abhängt, oder weil ich Vater, Großvater und ein Mensch bin, oder weil ich mir die italienische Kultur aneigne indem ich Pizza backe oder italienische Lieder singe, oder einfach weil ich noch normal bin, nicht rauche und zum Establishment gehöre, weil ich immer mit derselben schlafe?

Im Gegensatz zu einigen von Ihnen, denen der Hass schon ins Gesicht geschrieben ist, kenne ich keinen Hass. Ja ich kann mich ärgern und ich kann auch sehr deutlich werden, aber ich werde niemanden diskriminieren und schon gar nicht hassen. Ich respektiere jeden und jede hier im Raum und habe Hochachtung vor seiner/ihrer Leistung, aber nicht vor selbst ernannten „GutmenschInnen“, die nur eine Meinung kennen und akzeptieren, ihre eigene.

Wissen Sie, diese Scheinheiligkeit in unserem Land ekelt mich mittlerweile an:

- Eine demokratische Wahl wird rückgängig gemacht.
- Verträge werden gebrochen, ob es das Minsker-Abkommen ist oder die No-bail-out-Klausel.
- Und auch das Grundgesetz wird ignoriert:
  - wir beteiligen uns an einem Krieg nach dem anderen
  - Wir wählen einen Kommissionspräsidenten und bekommen eine nicht gewählte Präsidentin, die sich die Hände nicht nur in der Coronazeit schmutzig gemacht hat.

Dafür eine neue RAF, eine Rentner-Armee-Fraktion, die angeblich mit Rollator und Armbrust das Parlament stürmen wollte. Aufgemacht im modernsten Public-Relation-Format à la Hollywood unter voller Scheinwerferbeleuchtung, und derweil wird in dessen Schatten ein Gesetz in die Wege geleitet, dass jeden Beschuldigten verurteilt, der nicht selbst seine Unschuld beweisen kann. So etwas gibt es sonst nur in Ländern, wo Despoten regieren. Wenn das die Demokratie ist, die sie mir oder meiner Partei absprechen, dann haben Sie Recht.

Und übrigens warum ist die Familie in einigen politischen Kreisen ein Feindbild? Was ist an der Familie so furchterregend?

Weil es uns ausmacht, weil sie unsere Identität ist. Weil alles was uns ausmacht ein Feindbild für diejenigen ist, die wollen, dass wir keine Identität mehr haben. Wir sollen perfekte Sklaven ihrer Handlungen sein.

Daher attackieren sie das Bild der nationalen Identität, die religiösen Werte, sie attackieren die Geschlechterzugehörigkeit und das Familienbild.

Ich kann mich nicht mehr als Deutscher, als Christ, als Mann, Vater, Großvater identifizieren? Nein! Ich muss Bürger X sein mit dem Geschlecht XYZ, Elternteil 1, Elternteil 2 sein. Ich muss eine Nummer sein. Denn nur wenn ich eine Nummer bin, wenn ich keine Identität oder Wurzeln mehr habe, dann kann ich perfekt manipuliert werden.

Gehen Sie bitte in sich, wenn Sie das noch können und denken Sie bevor Sie urteilen. Nur weil wir echte Demokratie auf der Grundlage unseres Grundgesetzes wollen und einen klaren Wertekodex haben, sollen wir keine Demokraten sein? Das Gegenteil ist der Fall.

Hier steht ein wahrer Demokrat vor Ihnen, der sich für diese Stadt, für dieses Land, für diesen Staat und ein demokratisches Europa der Vielfalt von Kulturen einsetzt und verteidigt. Aber ich lasse mich nicht delegitimieren oder ausgrenzen, weil ich noch eine eigene Meinung habe und Probleme und Missstände anspreche, die die Regierenden nicht hören wollen und daher zensieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Ihren Respekt, weil Sie sich auch meine Meinung angehört haben.